

## Inhaltsübersicht

<b>Vorwort</b> . . . . .	VII
<b>Inhalt</b> . . . . .	XI
<b>1. Teil Einführung.</b> . . . . .	1
A. Praktische Bedeutung. . . . .	3
B. Einfluss auf den Willensbildungs- und Entscheidungsprozess der GmbH. . . . .	6
<b>2. Teil Rechtliche Gestaltung des Außeneinflusses.</b> . . . . .	15
A. Befugnisse im Willensbildungs- und Entscheidungsprozess. . . . .	16
B. Möglichkeiten der Gestaltung statutarischen und schuldrechtlichen Einflusses . . . . .	22
<b>3. Teil Grundlegende Grenzen des Außeneinflusses.</b> . . . . .	117
A. Privatautonomie und deren Grenzen . . . . .	118
B. Allgemeine Einschränkungen der Gestaltungsfreiheit . . . . .	132
C. Gesellschaftsrechtsrechtliche Einschränkungen der Gestaltungsfreiheit. . . . .	212
D. Zwischenergebnis zum 3. Teil . . . . .	263
<b>4. Teil Außeneinfluss von Gewerkschaften und Banken</b> . . . . .	265
A. Mitbestimmungsvereinbarungen mit Gewerkschaften. . . . .	266
B. Außeneinfluss von Banken . . . . .	304
<b>5. Teil Betrachtung des englischen Rechts</b> . . . . .	325
A. Private limited company . . . . .	326
B. Außeneinfluss. . . . .	334
C. Zwischenergebnis . . . . .	342
<b>6. Teil Zusammenfassung.</b> . . . . .	343
<b>Abkürzungen.</b> . . . . .	349
<b>Literatur.</b> . . . . .	353
<b>Case law</b> . . . . .	389
<b>Sachregister</b> . . . . .	391



# Inhalt

<b>Vorwort</b> . . . . .	VII
<b>Inhaltsübersicht</b> . . . . .	IX
<b>1. Teil Einführung</b> . . . . .	1
<i>A. Praktische Bedeutung</i> . . . . .	3
<i>B. Einfluss auf den Willensbildungs- und Entscheidungsprozess der GmbH</i> . . . . .	6
I. Willensbildungs- und Entscheidungsprozess der GmbH . . . . .	7
1. Unterscheidung zwischen dem Einfluss auf die Privatautonomie und den gewöhnlichen schuldrechtlichen Verpflichtungen . . . . .	8
2. Unterscheidung zwischen faktischem und rechtlichem Einfluss . . . . .	9
II. Bestimmung des als problematisch angesehenen Außeneinflusses . . . . .	10
1. Formale Bestimmung: Einfluss von Nichtgesellschaftern . . . . .	10
2. Maßgeblichkeit der verfolgten Interessen . . . . .	11
a) Gesellschaftsorgane . . . . .	11
b) »Wirtschaftliche Gesellschafter« . . . . .	12
c) Arbeitnehmer . . . . .	12
d) Konzernrecht . . . . .	13
e) Mittelbarer Fremdeinfluss über die einzelnen Gesellschafter . . . . .	13
3. Zwischenergebnis . . . . .	13
<b>2. Teil Rechtliche Gestaltung des Außeneinflusses</b> . . . . .	15
<i>A. Befugnisse im Willensbildungs- und Entscheidungsprozess</i> . . . . .	16
I. Rechte der Gesellschaft . . . . .	16
II. Rechte der Gesellschafter . . . . .	17
1. Abgrenzung von Personen- und Vermögensrechten . . . . .	17
2. Individualrechte, Minderheitsrechte und in der Gesellschafterversammlung ausgeübte Rechte . . . . .	18
3. Statutarische Sonderrechte . . . . .	19
III. Form und Umfang des Einflusses . . . . .	20
<i>B. Möglichkeiten der Gestaltung statutarischen und schuldrechtlichen Einflusses</i> . . . . .	22
	XI

I. Statutarischer Einfluss . . . . .	23
1. Natur der Satzung der GmbH . . . . .	24
a) »Echte« und »unechte« Satzungsbestandteile . . . . .	25
b) Satzungsfreiheit bei der GmbH . . . . .	27
c) Änderung der Grundordnung außerhalb der Satzung . . . . .	28
2. Einflussrechte durch materielle Satzungsgestaltung . . . . .	29
a) Organschaftliche Rechte Dritter. . . . .	30
aa) Obligatorische Organe der GmbH . . . . .	30
bb) Fakultative Organe der GmbH . . . . .	31
(1) Unterscheidung zwischen schuldrechtlichen Beiräten und echten Gesellschaftsorganen . . . . .	31
(2) Materieller und funktionaler Organbegriff . . . . .	33
(3) Fakultativer Aufsichtsrat entsprechend § 52 GmbHG. . . . .	34
(4) Zulässigkeit weiterer fakultativer Organe über § 52 GmbHG hinaus . . . . .	35
cc) Organwallerstellung als materieller Satzungsbestandteil . . . . .	36
dd) Zwischenergebnis . . . . .	37
b) Unmittelbare statutarische Rechte Dritter . . . . .	38
aa) Problem der persönlichen Rechte als materielle Satzungsbestandteile. . . . .	38
(1) Persönliche Rechte für Gesellschafter. . . . .	39
(2) Persönliche Rechte für Nichtgesellschafter . . . . .	41
(a) Charakter der Satzung als Organisationsvertrag. . . . .	42
(b) Anhaltspunkte aus § 26 I AktG . . . . .	43
(c) Möglichkeit der Begründung von Rechten ohne Beteiligung des Berechtigten, § 328 BGB . . . . .	44
(aa) Wortlaut »Vertrag« und nicht »Beschluss«. . . . .	44
(bb) Anwendung von § 328 BGB auf subjektive Rechte ohne Forderungscharakter . . . . .	45
(cc) Vereinbarkeit mit der Satzungsautonomie. . . . .	46
(dd) Zwischenergebnis . . . . .	47
(d) Nichterforderlichkeit der Vertretungsmacht der Gesellschaft für die Gesellschafter. . . . .	47
(e) Zwischenergebnis . . . . .	47
(3) Möglichkeit unentziehbarer korporativer Rechte für Dritte . . . . .	48
bb) Eigene Stimmrechte für Dritte . . . . .	49
cc) Zwischenergebnis . . . . .	50
c) Ausrichtung des Gesellschaftszwecks auf Drittinteressen . . . . .	50
3. Zwischenergebnis . . . . .	52
II. Schuldrechtlicher Außeneinfluss . . . . .	53
1. Gesellschaft als Vertragspartner. . . . .	54
a) Kompetenz zur Verpflichtung bezüglich der innerkorporativen Struktur . . . . .	54
aa) Kompetenz der Gesellschafterversammlung . . . . .	55

(1) Unterschiede bei der Satzungsgestaltung zwischen Kapital- und Personengesellschaften . . . . .	57
(2) Stellungnahme . . . . .	59
bb) Interdependenz von Mitgliedschaftsrechten und Rechten der Gesellschaft . . . . .	61
b) Möglichkeit der Bindung mit konstitutiver Wirkung . . . . .	62
aa) Beispiel der Unternehmensverträge . . . . .	63
(1) Wirkung und Rechtsnatur des Beherrschungsvertrags . . . . .	63
(2) Geschichte der Unternehmensverträge . . . . .	64
(3) Voraussetzungen für den Abschluss von Beherrschungsverträgen bei der GmbH . . . . .	66
(a) Mehrheitserfordernisse des Zustimmungsbeschlusses . . . . .	67
(aa) Analogie zu den Vorschriften über die Gründung . . . . .	68
(bb) Analogie zur Gesellschaftszweckänderung . . . . .	68
(cc) Betroffenheit des Kernbereichs der Mitgliedschaftsrechte . . . . .	69
(dd) Vergleich mit GmbH-Strukturänderungen . . . . .	69
(ee) Stellungnahme . . . . .	70
(b) Kompetenzen zum Vertragsabschluss . . . . .	71
(4) Beherrschungsverträge mit Gewerkschaften oder Banken . . . . .	71
(a) Konzernrechtlicher Unternehmensbegriff . . . . .	72
(aa) Schutzrechtliche Begriffsbestimmung . . . . .	73
(bb) Atypische Konfliktlage . . . . .	74
(cc) Kritik an dem schutzrechtsorientierten Unternehmensbegriff . . . . .	75
(dd) Gewerkschaften und Banken als Unternehmen im Sinne des Konzernrechts . . . . .	76
(b) Möglichkeit der analogen Anwendung . . . . .	77
bb) Konstitutive Wirkung der Vereinbarungen nach dem MgVG . . . . .	78
cc) Grundsätzliche Möglichkeit der Bindung mit konstitutiver Wirkung bei der GmbH . . . . .	79
(1) Konstitutive Wirkung von Beherrschungsverträgen bei der GmbH . . . . .	80
(2) Konstitutive Bindung außerhalb der Unternehmensverträge . . . . .	81
dd) Zwischenergebnis . . . . .	82
c) Vertretungsbefugnis und Formalia . . . . .	82
aa) Vertretungsbefugnis . . . . .	83
(1) Beispiele anderer außenwirksamer Rechtsgeschäfte im GmbH-Recht außerhalb der Geschäftsführung . . . . .	84
(2) Vertretungsbefugnis bei Verträgen mit Bezug auf den innerkorporativen Bereich . . . . .	86
bb) Formvorschriften . . . . .	88
(1) Notarielle Beurkundung . . . . .	89

(2) Handelsregistereintragung . . . . .	90
cc) Anforderungen an die Vertragsänderung . . . . .	92
dd) Anforderungen bei Aufhebung oder Kündigung . . . . .	93
d) Durchsetzbarkeit einer Verpflichtung der Gesellschaft . . . . .	94
aa) Klagbarkeit . . . . .	95
bb) Vollstreckbarkeit . . . . .	96
(1) Art der Vollstreckung . . . . .	96
(a) Stimmbindungsverträge . . . . .	97
(b) Verpflichtungen der Gesellschaft im innerkorporativen Bereich . . . . .	98
(2) Zulässigkeit der Vollstreckung . . . . .	100
(3) Einstweiliger Rechtsschutz . . . . .	101
e) Zwischenergebnis . . . . .	105
2. Gesellschafter als Vertragspartner . . . . .	105
a) Dingliche Rechte an der Mitgliedschaft . . . . .	106
b) Stimmrecht als Anknüpfungspunkt . . . . .	107
aa) Stimmrechtsabtretung . . . . .	108
bb) Legitimationszession . . . . .	108
cc) Stimmrechtsvollmacht . . . . .	109
dd) Stimmbindungsverträge . . . . .	110
III. Mehrheitserfordernisse des Gesellschafterbeschlusses . . . . .	112
1. Satzungsändernde Mehrheit . . . . .	113
2. Weitergehende Anforderungen aufgrund des Außeneinflusses . . . . .	113
a) Erfordernisse wie bei der Umwandlung . . . . .	114
b) Gesellschaftszweckänderung . . . . .	114
c) Einwirkung auf die Mitgliedschaftsrechte . . . . .	115
d) Modifizierung der Treuepflicht . . . . .	116
3. Zwischenergebnis . . . . .	116
<b>3. Teil Grundlegende Grenzen des Außeneinflusses . . . . .</b>	<b>117</b>
<i>A. Privatautonomie und deren Grenzen . . . . .</i>	<i>118</i>
I. Gewährleistung und Verankerung der Privatautonomie . . . . .	118
1. Allgemeine Handlungsfreiheit, Privatautonomie und Vertragsfreiheit . . . . .	118
2. Allgemeines Persönlichkeitsrecht (Art. 2 I i.V.m. Art. 1 I GG) . . . . .	120
3. Privatautonomie und Vertragsfreiheit als Institution . . . . .	121
4. Grundrechtsadressaten und mittelbare Drittwirkung . . . . .	122
5. Grundsatz der Privatautonomie und Vertragsfreiheit im einfachen Recht . . . . .	124
6. Aufgabe von Autonomie als Wahrnehmung von Autonomie . . . . .	125
II. Privatautonomie der juristischen Person . . . . .	125
1. Grundrechtsfähigkeit der juristischen Person . . . . .	126

2. Grundrechtlich geschützte Privatautonomie und allgemeines Persönlichkeitsrecht der juristischen Person . . . . .	127
3. Privatautonomie der juristischen Person im Privatrecht. . . . .	128
III. Unterscheidung zwischen der Autonomie der Gesellschaft und der Gesellschafter . . . . .	129
B. Allgemeine Einschränkungen der Gestaltungsfreiheit . . . . .	132
I. Einschränkungen durch Verfassungsrecht . . . . .	132
1. Verbot der Selbstentmündigung. . . . .	132
a) Art. 1 I GG . . . . .	133
b) Art. 2 I GG . . . . .	133
aa) Aufgabe von Autonomie als Wahrnehmung von Autonomie . . . . .	134
bb) Schutzwirkung des Art. 2 I GG . . . . .	135
c) Notwendigkeit des Schutzes des Rechtsverkehrs . . . . .	136
d) Verbot der Selbstentmündigung als Grundsatz der Rechtsordnung . . . . .	137
e) Zwischenergebnis. . . . .	138
2. Art. 9 I GG . . . . .	139
3. Art. 14 GG . . . . .	140
a) Anteilseigentum . . . . .	141
b) Unternehmenseigentum . . . . .	142
c) Schutz des Art. 14 GG bei Rechtsbeziehungen zwischen Privaten . . . . .	143
d) Zwischenergebnis. . . . .	144
4. Art. 12 GG . . . . .	145
5. Demokratieprinzip . . . . .	145
6. Grundrechtsverzicht . . . . .	146
7. Zwischenergebnis . . . . .	147
II. Einschränkungen aufgrund des allgemeinen Privatrechts und allgemeiner rechtlicher Grundsätze. . . . .	148
1. Regelung des § 137 BGB . . . . .	148
a) Schutz des Rechtsverkehrs . . . . .	148
b) Aktionsfreiheit . . . . .	149
c) Schutz der Persönlichkeit . . . . .	150
d) Auswirkungen auf Außeneinfluss . . . . .	150
aa) Beeinträchtigung des Rechtsverkehrs . . . . .	152
bb) Zwischenergebnis . . . . .	153
2. Sittenwidrigkeit entsprechend § 138 BGB . . . . .	153
a) Sittenwidrige Beeinträchtigung der Privatautonomie als subjektives Recht . . . . .	154
aa) Unfreiwillige Bindung . . . . .	154
bb) Unverhältnismäßige Freiheitsbeschränkung. . . . .	155
cc) Anwendung des § 138 BGB bei Rechtsgeschäften mit juristischen Personen . . . . .	155

b) Sittenwidrige Beeinträchtigung der Privatautonomie als Institution . . . . .	156
3. Teilhabe und Verantwortung . . . . .	157
a) Gedanke des zwingenden Gleichlaufs von Teilhabe und Verantwortung . . . . .	158
b) Beschränkte Haftung bei Kapitalgesellschaften . . . . .	159
c) Zwingender Zusammenhang von Teilhabe und Verantwortung . . . . .	160
aa) Teilhabe und Verantwortung beim Beherrschungsvertrag . . . . .	160
bb) Haftung bei Beherrschung . . . . .	163
d) Zwischenergebnis . . . . .	165
4. Zulässigkeit dauerhafter Bindungen . . . . .	165
a) Gesetzliche Lösungsmöglichkeiten . . . . .	166
b) Ordentliche Kündigungsrechte . . . . .	167
aa) Einfachgesetzliche Regelungen . . . . .	168
bb) Verfassungsrechtliche Gewährleistung . . . . .	169
cc) Schutz des Rechtsverkehrs bzw. der Rechtsordnung . . . . .	170
c) Zwischenergebnis . . . . .	171
5. Lösungsmöglichkeiten bei Vorliegen eines wichtigen Grunds . . . . .	172
a) Außeneinfluss als Dauerschuldverhältnis im Sinne des § 314 BGB . . . . .	173
aa) Begriff des Dauerschuldverhältnisses . . . . .	175
bb) Gesellschaftsverträge als Dauerschuldverhältnisse . . . . .	176
cc) Dauerschuldcharakter von Einwirkungsrechten auf den innerkorporativen Bereich der Gesellschaft . . . . .	176
b) Grundsätzliche Kündigungsmöglichkeit aus wichtigem Grund bei Dauerrechtsverhältnissen . . . . .	178
6. Schutz rechtlich anerkannter Interessen . . . . .	179
a) Neminem laedere . . . . .	179
b) Maßgeblichkeit der Interessen für die Bestimmung zwingenden Rechts . . . . .	181
c) Zu berücksichtigende Interessen . . . . .	182
aa) Schutz des Rechtsverkehrs . . . . .	182
bb) Schutz der Gesellschafter . . . . .	184
(1) Schutz vor der Mehrheitsherrschaft . . . . .	184
(a) Gesellschaftsrechtliche Treuepflicht als Minderheitenschutz . . . . .	185
(b) Kernbereichslehre . . . . .	186
(aa) Unverzichtbare Mitgliedschaftsrechte . . . . .	187
(bb) Unentziehbare Mitgliedschaftsrechte . . . . .	188
(cc) Gleichbehandlungsgrundsatz . . . . .	188
(dd) Bestimmtheitsgrundsatz . . . . .	189
(2) Schutz vor individuellen Entscheidungen einzelner Mitglieder . . . . .	191
(3) Selbstschutz der Gesellschafter: Schutz gegen sich selbst . . . . .	191
cc) Schutz der Arbeitnehmer . . . . .	192
dd) Eigenständiges Interesse der Gesellschaft . . . . .	192



ee) Unternehmensinteresse . . . . .	193
d) Zwischenergebnis . . . . .	195
7. Abwesenheit von Zwang . . . . .	195
III. Besondere Anforderungen an die Bindung bei Einflussbefugnissen auf die Privatautonomie . . . . .	196
1. Beredtes Schweigen oder Lücke . . . . .	197
a) Vertretungsrecht . . . . .	199
aa) Unwiderrufliche Vollmacht . . . . .	200
(1) Notwendigkeit eines Kausalgeschäfts . . . . .	200
(2) Unwiderrufliche Generalvollmacht . . . . .	202
(3) Widerruflichkeit aus wichtigem Grund . . . . .	202
bb) Zwischenergebnis . . . . .	203
b) Beherrschungsvertrag . . . . .	204
aa) Anerkennung und Abwägung der Interessen . . . . .	204
bb) Zwischenergebnis . . . . .	205
c) Minderheitenschutz im Gesellschaftsrecht . . . . .	205
d) Organbestellung . . . . .	206
e) Widerruflichkeit der Prokura . . . . .	207
f) Stimmbindungsverträge . . . . .	207
g) Zwischenergebnis . . . . .	207
2. Folgen der festgestellten verdeckten Rechts- bzw. Gebietslücke . . . . .	208
3. Rechtfertigungserfordernis für Bindungen bei Einwirkungs- befugnissen . . . . .	209
C. Gesellschaftsrechtliche Einschränkungen der Gestaltungsfreiheit . . . . .	212
I. Zwingendes GmbH-Innenrecht am Beispiel der Satzungsautonomie . . . . .	212
1. Wortlaut des § 53 I GmbHG . . . . .	213
2. Beschränkbarkeit der Satzungsautonomie . . . . .	214
a) Regelung des § 53 II 2 GmbHG . . . . .	214
b) Rechtsgeschäftlicher Charakter des Gesellschaftsvertrags . . . . .	215
c) Verbandsautonomie und Stellung der Mitgliederversammlung als oberstes Organ . . . . .	216
3. Zwischenergebnis . . . . .	218
II. Grenzen durch Satzungsregelungen . . . . .	219
III. Konzernrecht . . . . .	219
IV. Arbeitnehmermitbestimmung . . . . .	220
V. Verbandsautonomie . . . . .	220
1. Bezugspunkt der Verbandsautonomie . . . . .	223
a) Verbandsautonomie als Autonomie der Gesellschafter . . . . .	223
b) Verbandsautonomie als Autonomie der Gesellschaft . . . . .	224
c) Zwischenergebnis . . . . .	225

2. Auswirkungen der Verbandsautonomie . . . . .	225
3. Begründungen des Grundsatzes der Verbandsautonomie . . . . .	227
a) Art. 9 I GG . . . . .	227
b) Gesetzliches Typenbild . . . . .	228
c) Richterliche Rechtsfortbildung oder Gewohnheitsrecht . . . . .	229
d) Zusammenhang von Teilhabe und Verantwortung . . . . .	229
e) Selbstschutz des Verbands bzw. der Gesellschafter . . . . .	230
4. Zwischenergebnis . . . . .	232
VI. »Wesen« der Gesellschaft . . . . .	233
VII. Gesellschaft als Interessenverband . . . . .	234
1. Interessengleichlauf der Gesellschafter . . . . .	234
2. Interessenpluralismus der Gesellschafter . . . . .	235
3. Zwischenergebnis . . . . .	236
VIII. Bindungen in der Gesellschaft . . . . .	237
1. Bindungen im innerkorporativen Bereich der Gesellschaft . . . . .	237
2. Bindungen bei der Wahrnehmung von Gesellschaftskompetenzen . . . . .	239
a) Bindung an das Gesellschaftsinteresse . . . . .	240
b) Dispositivität der Bindung . . . . .	241
aa) Dispositivität der Treuepflicht . . . . .	242
bb) Anforderungen an die Aufhebung der typischen Bindung . . . . .	243
c) Zwischenergebnis . . . . .	244
3. Bindungen der Gesellschafter . . . . .	245
a) Stimmrechtsausübung speziell bei Änderungen des Gesellschaftsvertrags . . . . .	246
b) Dispositivität . . . . .	248
c) Gewährung von Außeneinfluss ohne Berührung der Treuepflicht . . . . .	248
d) Anforderungen an Änderungen . . . . .	249
4. Bindungen Außenstehender mit Einfluss auf den innerkorporativen Bereich . . . . .	249
5. Eigenständige Zustimmungserfordernisse aus Treuepflicht- modifikationen . . . . .	250
IX. Abspaltungsverbot . . . . .	251
1. Stimmrecht als Beispiel . . . . .	252
a) Stimmrechtsabtretung . . . . .	252
b) Stimmrechtsvollmacht . . . . .	252
c) Stimmbindungsverträge . . . . .	254
2. Ausnahmen bei bestimmten Interessenkonstellationen . . . . .	255
3. Begründungen . . . . .	257
a) Notwendige Legitimation durch die Mitgliedschaft . . . . .	257
b) Schutz vor Außeneinfluss . . . . .	258
c) Eigenmächtige Veränderung der Mitgliedschaftsrechte . . . . .	259
d) Organbefugnisse ohne Organwalterstellung . . . . .	259
e) Allgemeines Privatrecht . . . . .	260
4. Zwischenergebnis . . . . .	261

X. Zwischenergebnis zu gesellschaftsrechtlichen Einschränkungen der Gestaltungsfreiheit . . . . .	262
D. Zwischenergebnis zum 3. Teil . . . . .	263
<b>4. Teil Außeneinfluss von Gewerkschaften und Banken . . . . .</b>	<b>265</b>
A. Mitbestimmungsvereinbarungen mit Gewerkschaften . . . . .	266
I. Arbeitnehmermitbestimmung . . . . .	267
1. Unterscheidung der Mitbestimmungssphären . . . . .	267
a) Betriebliche Mitbestimmung . . . . .	268
b) Unternehmensmitbestimmung . . . . .	269
2. Relevante Arten von Mitbestimmungsvereinbarungen . . . . .	270
3. Gesetzliche Unternehmensmitbestimmung . . . . .	271
a) Drittelbeteiligung von Arbeitnehmervertretern nach dem DrittelbG . . . . .	272
b) Arbeitnehmerbeteiligung nach dem MitbestG. . . . .	272
c) Mitbestimmung nach dem MontanMitbestG. . . . .	273
d) Zwingendes Mitbestimmungsrecht . . . . .	273
II. Einfluss aufgrund verschiedener Autonomien . . . . .	276
1. Tarifautonomie . . . . .	276
a) Tariffähige Vertragsparteien und Tarifzuständigkeit . . . . .	277
b) Erkämpfbarkeit durch Arbeitskampf . . . . .	278
c) Erkämpfbarkeit tarifvertragliche Regelungsgegenstände . . . . .	279
aa) Normative tarifvertragliche Gestaltung . . . . .	280
bb) Schuldrechtliche tarifvertragliche Gestaltung . . . . .	282
(1) Erkämpfbarkeit schuldrechtlicher Tarifvertrags- regelungen mit Bezug zu normativen Regelungen . . . . .	283
(2) Erkämpfbarkeit weiterer schuldrechtlicher Tarifvertragsregelungen . . . . .	284
(a) Begriffspaar der »Arbeits- und Wirtschaft- bedingungen« . . . . .	285
(b) Koalitionsmittelgarantie . . . . .	287
(aa) Meinungsstand . . . . .	288
(bb) Stellungnahme . . . . .	289
d) Zwischenergebnis . . . . .	291
2. Betriebsautonomie . . . . .	291
3. Privatautonomie . . . . .	292
a) Abschlusskompetenz bei privatautonomen Mitbestimmungsvereinbarungen . . . . .	293
aa) Abschlusskompetenz auf Seiten der Arbeitgeber . . . . .	293
bb) Abschlusskompetenz auf Seiten der Arbeitnehmer . . . . .	294
(1) Belegschaft an sich . . . . .	294
(2) Betriebsräte . . . . .	295
(3) Gewerkschaften . . . . .	296

## Inhalt

---

(4) Zwischenergebnis . . . . .	297
b) Verhältnismäßigkeit . . . . .	297
aa) Gewerkschaften als legitime Vertreter der Arbeitnehmer bei der Unternehmensmitbestimmung . . . . .	297
bb) Dauer der Bindung . . . . .	299
III. Eigenständiger Typus des mitbestimmungsrechtlichen Unternehmensvertrags . . . . .	300
IV. Zwischenergebnis . . . . .	300
V. Praktische Anwendung von Mitbestimmungsvereinbarungen mit Gewerkschaften . . . . .	301
B. Außeneinfluss von Banken . . . . .	304
I. Abschaffung des Eigenkapitalersatzrechtes und Neuregelungen im Insolvenzrecht durch das MoMiG . . . . .	305
II. Erfassung der Rechtshandlungen durch § 39 I Nr. 5 InsO . . . . .	306
1. Gründe für die Rückstufung von Gesellschafterdarlehen . . . . .	307
a) Finanzierungsfolgenverantwortung . . . . .	307
b) Informations- und Einflussvorsprung . . . . .	308
c) Besondere Risikobereitschaft . . . . .	309
d) Änderungen durch MoMiG. . . . .	309
2. Erweiterung des Anwendungsbereichs entsprechend § 39 I Nr. 5, 2. Alt. InsO. . . . .	312
a) Personen mit Interesse am Eigenkapital. . . . .	313
b) Fremdkapitalgeber mit Einflussrechten ohne Interesse am Eigenkapital . . . . .	314
3. Zwischenergebnis . . . . .	315
III. Sanierungsprivileg entsprechend § 39 IV 2 InsO . . . . .	316
1. Honorierung des unternehmerischen Neubeginns. . . . .	317
2. Zum Zweck ihrer Sanierung . . . . .	318
3. Zwischenergebnis . . . . .	319
IV. Zusammenfassung . . . . .	320
V. Praktische Anwendung von Außeneinfluss durch Banken . . . . .	321
<b>5. Teil Betrachtung des englischen Rechts . . . . .</b>	<b>325</b>
A. <i>Private limited company</i> . . . . .	326
I. Verfassung der <i>private limited company</i> . . . . .	327
II. Organe . . . . .	329
1. Gesellschafter . . . . .	330
2. Direktoren . . . . .	331

---

3. Non-executive directors . . . . .	332
III. Mitbestimmung . . . . .	333
<i>B. Außeneinfluss . . . . .</i>	<i>334</i>
I. Praktische Bedeutung . . . . .	334
II. Beschränkung der Satzungsautonomie durch Satzungsregelung . . . . .	334
III. Möglichkeit der Bindung der Gesellschaft . . . . .	335
IV. Autonomie der Gesellschafter und der Gesellschaft . . . . .	338
V. Drittrechte in der Satzung. . . . .	340
VI. Mitgliedschaftsrechte der Gesellschafter . . . . .	340
<i>C. Zwischenergebnis . . . . .</i>	<i>342</i>
<b>6. Teil Zusammenfassung. . . . .</b>	<b>343</b>
<b>Abkürzungen. . . . .</b>	<b>349</b>
<b>Literatur. . . . .</b>	<b>353</b>
<b>Case law . . . . .</b>	<b>389</b>
<b>Sachregister . . . . .</b>	<b>391</b>